

Auszug aus:
FairHandelszentrum/Aktionszentrum 3.Welt e.V
„5 Jahre Weltladen Osterstrasse“
Hamburg, 2005

Ein Verein und sein Laden in Hamburg: Teil der Dritte-Welt-Bewegung und der Aktion Dritte Welt-Handel in der Bundesrepublik

Die Geschichte des Weltladen Osterstrasse beginnt vor 30 Jahren: Zu Beginn entstanden 1975 aus dem Gefühl „etwas tun zu müssen“ heraus die Importorganisation „Gesellschaft für partnerschaftlichen Austausch“ (gepa), die „Arbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Läden“ (AG3WL, heute: „Weltladen Dachverband“) und das „Aktionszentrum Dritte Welt Handel“ (A3WH).

In Hamburg schlug sich die bundesweite Entwicklung am 2.9.1976 zunächst in der Gründung des „Aktionszentrum 3. Welt“ (AZ3W) nieder. Entscheidende Initiativen gingen dabei von Ernst-Erwin Pioch von der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend sowie von Peter Jorzick aus. Dem AZ3W ging es nicht nur um das Betreiben eines Ladens, sondern um vielfältige Aktivitäten im Interesse der Entwicklungsländer. Dabei blieb die Gewichtung der Anteile „Handel“ und „Bewusstseinsbildung“ unbestimmt. Zu dieser Zeit galt die Bezeichnung „Dritte Welt“ noch nicht als diskriminierend. Sie wurde in den 1960er Jahren von Ländern, die weder zu den kapitalistischen Westmächten (Erste Welt) noch zum sozialistischen Ostblock (Zweite Welt) gehörten, selbst gewählt, um den Wunsch nach einem eigenen, einen dritten Weg, zu verdeutlichen. Ein einschneidender Schritt für den Verein war am 1.7.1994 der Umzug des Gepa-Regionallagers in die Stresemannstraße und die Gründung der „Süd-Nord-Kontor Bildungs- und Handelsgesellschaft mbH“, an dem das AZ3W alleiniger Gesellschafter war. Im Sommer 1997 schließlich kam es zur formalen Trennung von AZ3W und Süd-Nord-Kontor.

Hauptaufgaben des AZ3W waren Gruppenberatung und Bildungsarbeit. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, erarbeitete es einen Katalog von Bildungsangeboten, die vor allem Dritte Welt-Gruppen bei ihrer Arbeit unterstützen sollten. Hierzu verfügte der Verein zeitweise über eine bezahlte Stelle, die von der Evangelischen Kirche und der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche finanziert wurde. Das Bildungsangebot umfasste die Bereiche Fachberatung (Information über Produkte und Projektpartner, Handelsstrukturen, Verkaufsförderung, Ladengestaltung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit), Pädagogische Beratung (Unterstützung bei gruppeninternen Lernprozessen, Konfliktberatung, methodisch-didaktische Aufbereitung von Medien und Informationsmaterial), Animation (Produktbezogene Verkaufsaktionen, Einsatz von besonderen Aktionsmodellen, Veranstaltungen), Aufbauhilfe (Aufzeigen von Ansatzpunkten für die A3WH, Hilfe bei Motivations- und Zielfindung, Kontaktvermittlung, Materialversorgung, Antragstellung bei Stiftungen), Seminare (Schulung von Mitarbeiterinnen in Weltläden, Besuch bei Schulklassen) und Gründungsberatung von Weltläden (Finanzierungspläne, rechtliche Fragen, Organisation). Ein weiteres Ziel war die Vernetzung von Bildungsarbeit über die Organisation regionaler Treffen, Herausgabe gemeinsamer Publikationen, Pressearbeit, Erfassung und Speicherung von Informationen. Das AZ3W ist Gründungsmitglied des Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. Dieser Verein arbeitet vor allem an der Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Agenda 21 für Hamburg unter Beteiligung unterschiedlichster politischer Gruppen.

Für den Warenverkauf wurde am 11.1.1977 ein Laden im „Kommunikationszentrum Markthalle“ beim Hauptbahnhof eröffnet. Hier gab es zunächst nur Kunsthandwerk. Um einem damit befürchteten falschen Image der Dritte-Welt-Länder entgegenzutreten, kamen bald Lebensmittel hinzu. Die Arbeit des Ladens erhielt 1978 entscheidende Impulse mit der Kampagne „Jute statt Plastik“, die den Bekanntheitsgrad von Weltläden erheblich erhöhte. Praktische Probleme ergaben sich aus der mangelnden Erfahrung der ca. 20 im Laden engagierten MitarbeiterInnen (StudentInnen und Berufstätige) bei der Führung eines Ladens und die bis heute andauernde ständige Fluktuation bei den Aktiven. Notwendige Beschlüsse werden gemeinsam auf regelmäßig stattfindenden Sitzungen gefällt. Hier gibt es auch Informationen über neue Projekte und Produkte. Mit ihren Diskussionen spiegelte die Ladengruppe von Beginn an die bundesweite entwicklungspolitische Debatte wider. Die enge Verbundenheit zu anderen Sozialen Bewegungen zeigte sich darin, dass die Treffen der Ladengruppe auch Foren waren für Einladungen zu Anti-Gorleben-Demonstrationen oder Veranstaltungen der Friedensbewegung.

Die Arbeit nötigte allen großes Engagement ab. So wurden zu Beginn die Waren mit einem privaten VW-Bus entweder aus dem Gega-Regionallager in Rendsburg oder aus der Zentrale bei Wuppertal geholt. 1979 sah die Gründung der Werkstatt 3 (W3): Politisch aktive Gruppen mieteten gemeinsam das Haupthaus der seit Jahren leer stehenden ehemaligen Dralle-Fabrik in Altona (Nernstweg 32–34). Auch die Gega-Regionalstelle wechselte aus Rendsburg nach hier. Da die Markthalle als Standort die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hatte, zog der 3. Welt Markt im Mai in der Bundesstraße 28a (1987 ein Jahr lang Durchschnitt 21) um. 1983 kam eine Leihbibliothek hinzu. Da in den 1990er Jahren die Bezeichnung „Dritte Welt“ zunehmend als diskriminierend empfunden wurde, nannte sich der Laden in „Welt-Markt“ um.

Der Laden arbeitete nur selten kostendeckend. Abhilfe sollten die ständige Professionalisierung und Profilierung als Fachgeschäft des Fairen Handels bringen – ein Ziel, an dem bis heute sowohl im Hinblick auf die Organisationsstruktur als auch die technische Ausstattung gearbeitet wird. Das Problem der ständig wechselnden ehrenamtlichen MitarbeiterInnen wurde ab 1988 mit der Schaffung einer halben festen Arbeitsstelle angegangen. Größere technische Anschaffungen (Registrierkasse) erfolgten ab 1998. Seit 2004 erleichtert eine Scanner-Kasse die Lagerverwaltung. Die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erfolgt über das weiterhin stattfindende Plenum und das Ladenbuch.

Eine einschneidende Veränderung gab es 2000. Da sich die abseitige Lage und räumliche Enge in der Bundesstraße trotz der ehemals als günstig empfundenen Nähe zur Universität negativ auf den Umsatz auswirkten, zog der Laden in die Osterstraße 171 um. Betreiberin wurde die HWG Hamburger Weltladen GmbH mit Karin Heinrich als Geschäftsführerin. Das Fair-Handels-Zentrum mit Weltladen Osterstraße und AZ3W wurde am 7.10.2000 eröffnet. Neben dem Verkauf fair gehandelter Produkte aus den Bereichen Lebensmittel und Kunsthandwerk, die sich den ständig steigenden Ansprüchen der KonsumentInnen anpassen (z.B. zunehmend Einbeziehung biologisch kontrollierter Produkte), beteiligt sich der Laden an bundesweiten Aktionen wie der Fairen Woche (erstmalig 2001), nimmt Stellung zu politisch brisanten Ereignissen und ist über das AZ3W an der Entwicklung und Einführung des *Hamburger Fairmaster* beteiligt, ein so genannter Städtekaffee, der speziell auf die Hamburger Verhältnisse zugeschnitten ist und den Fairen Handel bekannter machen soll.

Herausragende Grundvoraussetzung für die Arbeit des Weltladen Osterstraße ist jedoch ungeachtet aller Initiativen zur Professionalisierung das starke Engagement zahlreicher ehrenamtlicher MitarbeiterInnen.

Fairer Handel bekämpft die Folgen des Freien Welt-handels

Handel war immer schon eine der wichtigsten Grundlagen zum Austausch mit anderen Kulturen – ökonomisch und kulturell. Dabei steigt das Volumen des Welt-handels kontinuierlich: 2000 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von fast 6,2 Milliarden US-\$ über Ländergrenzen hinweg gehandelt. Der Anteil der so genannten Entwicklungsländer ist allerdings gering. Und der Wert des Warenaus-tauschs macht auch keine Aussage über die tatsächliche Versorgung der Weltbe-völkerung mit Grundgütern wie Nahrung, Kleidung oder Wohnraum. Denn Armut be-deutet nicht nur das Fehlen materieller Güter (besonders von Lebensmitteln) sondern auch das Leben in einer ungesunden, verschmutzten und häufig von Gewalt gepräg-ten Umgebung, die Wahrnehmung von Machtlosigkeit und die fehlende Möglichkeit, die eigenen Interessen zu artikulieren.

So lange es Welthandel gibt, geht dieser mit Ungerechtigkeiten einher. Heute wird fast der gesamte Welthandel durch die Abkommen der Welthandelsorganisation (World Trade Organization WTO) geregelt. Diese beinhalten in der Regel Vorteile für den Norden und Nachteile für den Süden. In Bereichen, wo sie sich zugunsten armer Länder auswirken könnten, verweigern die reichen Länder eine Umsetzung, z.B. im Hinblick auf den Abbau von Zollschränken und Subventionen.

Der Agrarsektor birgt aus entwicklungspolitischer Sicht besondere Brisanz: Einerseits wird das grundlegende Menschenrecht auf Nahrung tangiert, andererseits geht es um Welthandels Güter mit zum Teil hohen Profitspannen. Die ungebremste Liberalisierung des Agrarhandels erfordert daher das solidarische Gegengewicht einer Zivilgesellschaft, die den Interessen der Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit Gehör verschafft.

Für viele arme Länder des Südens ist die hohe Verschuldung ein gravierendes Problem, das eigenständige Entscheidungen oft unmöglich macht. Sie ist Folge einer offensiven Kreditpolitik der Banken des Nordens in den 1970er Jahren, die damals über hohe Einlagen verfügten. Indem sie diese als Kredite vergaben und so für sich arbeiten ließen, suggerierten sie den Kreditnehmern (arme Länder des Südens) ihren Investitionsbedarf auf einfache Weise decken zu können. Mit dem Ende des Wirt-schaftsbooms Anfang der 1980er Jahre erwies sich dies als Illusion. Die Schuld wurde aber (zum Beispiel wegen oft weit verbreiteter Korruption) ausschließlich den armen Ländern zugewiesen und diese mit den Folgen allein gelassen. Bisher stri-chen Geberländer und –organisationen ungeachtet aller Lippenbekenntnisse und Entschuldungsprogramme nur wenigen Staaten die Schulden ganz oder teilweise, während die Banken selber diese oft schon lange abgeschrieben haben. Gleichzeitig ist die öffentliche Entwicklungshilfe in den 1990er Jahren gesunken. Dagegen setzen Nicht-Regierungsorganisationen auf die Einführung internationaler Regeln, die die armen Länder schützen und nicht den Interessen der wirtschaftlich starken Akteure entsprechen. Ihnen zur Seite stehen UNO-Organisationen, die wegen ihrer Abhän-gigkeit von den Mitgliedstaaten aber wenig Einfluss haben. So machte die UN-Konfe-renz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro mit der Agenda 21 den Be-griff der Nachhaltigkeit populär. Nachhaltigkeit bedeutet, dass eine Gesellschaft den Erfordernissen der Gegenwart gerecht wird, ohne die Möglichkeiten künftiger Gene-rationen zu beschränken, ihren eigenen Bedürfnissen nachzukommen. Der UN-Millenniumsgipfel setzte das Ziel, den Anteil der in absoluter Armut lebenden Men-schen bis 2015 zu halbieren.

Die rot-grüne Entwicklungspolitik (1998-2004) hat in diesem Zusammenhang ein „Aktionsprogramm 2015“ erarbeitet. Es setzt auf drei Handlungsebenen an:

- international durch globale Partnerschaft,
- in den Entwicklungsländern durch die Unterstützung von Reformen und nationalen Armutsbekämpfungsstrategien und
- in Deutschland und anderen Industrieländern durch Bewusstseinsbildung im Hinblick auf Fragen der globalen Armutsbekämpfung.

Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitische Inlandsarbeit sind wichtige Elemente der Umsetzung dieses Aktionsprogramms. Insbesondere der Faire Handel kann alternative Handels- und Konsummuster fördern. Er hilft unmittelbar bei der Bekämpfung von Armut – und er zeigt, dass Armutsbekämpfung bei jedem und jeder selbst anfängt.

Fairer Handel und die Siegel

Biologisch angebaute Produkte, Fairer Handel, Produkte ohne den Einsatz von Kinderarbeit ... - die Vergabe von so genannten „Siegel“ wie Transfair, Biosiegel oder Rugmark wird für Produzenten, die im Markt bestehen wollen, immer wichtiger. Dies ist Folge sich ständig verändernder Rahmenbedingungen im internationalen Handelsaustausch, die seit einiger Zeit unter dem Schlagwort der „Globalisierung“ zusammengefasst werden. Damit beeinflussen diese Entwicklungen auch den Fairen Handel.

Welthandel im ständigen Wandel

Ab den 1960er Jahren sanken die Weltmarktpreise für Rohstoffe, die für viele so genannte Entwicklungsländer oft die einzige Einnahmequelle darstellen. Mit den durch Exporte erzielten Devisen müssen sie dringend benötigte Importe und Investitionen finanzieren. Sinkende Rohstoffpreise bedeuten für sie sinkende „Terms of Trade“, d. h. ein sich verschlechterndes Verhältnis zwischen dem, was sie an Waren verkaufen müssen um mit dem Gegenwert eine benötigte Ware erzielen zu können. Dieser Trend hat sich bis heute noch beschleunigt. Gleichzeitig verliert der reine Warenhandel an Bedeutung. Die Schere zwischen reichen und armen Ländern klafft zunehmend auseinander, womit für viele Menschen ein Überleben kaum noch gewährleistet ist. Dies bezieht sich nicht nur auf die reine Versorgung mit Lebensmitteln, sondern auch auf Dinge wie saubere Umwelt oder Trinkwasserversorgung. Tatsächlich fallen große Teile Afrikas ungeachtet aller Beschwörungsformeln von Ökonomen und Politikern immer mehr aus dem Warenkreislauf heraus. Im Gegensatz zum globalen Warenaustausch steigt der Umfang der Bereiche Dienstleistungen und Finanzen, wozu ausländische Direktinvestitionen zählen. Letzterer wird fast kaum kontrolliert.

Die Regeln für den Ablauf des Welthandels werden international vereinbart. Nach 1945 war das Bretton Woods-System bestimmend. Seit dessen Zusammenbruch sind die Verhandlungsrunden innerhalb der World Trade Organization (WTO) entscheidend. Hier setzen die reichen Länder des Nordens eine völlige Liberalisierung aller Handlungsstrukturen durch, der sie sich allerdings selber gerne verweigern. So scheitern rohstoffreiche Länder in der Regel an den Zollschranken von EU und USA. Arme Länder können ihre Interessen kaum einbringen, da die ökonomische und politische Macht der reichen Länder überragend ist und die unterschiedlichen Interessen der armen Länder ein gemeinsames Vorgehen verhindert. Hier zeichnet sich seit 2003 ein Wechsel ab, der die Gespräche seither stagnieren lässt. Damals nahm eine kleine Gruppe Entwicklungs- und Schwellenländer unter

Führung Brasiliens die hohen US-Subventionen beim Baumwolllexport zum Anlass, die Landwirtschaftsrunde in Cancun scheitern zu lassen. Andere Streitpunkte in der WTO sind die Liberalisierung des Dienstleistungssektors und Fragen des Patentrechts und des geistigen Eigentums. Hierbei geht es z.B. darum, ob internationale Konzerne natürliche Produkte wie Pflanzen als Patent anmelden dürften. Wird dies akzeptiert, kann Produzenten die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte (z.B. Sammeln bestimmter Pflanzen im Regenwald) untersagt werden. Heute schon treiben die angeblich „berechtigten“ Forderungen von Saatgutunternehmen nach Lizenzabgaben auch für Saatgut, das Bauern selber aus in früheren Jahren gekauftem Saatgut gewonnen haben, diese in den Ruin. Im Hinblick auf eine Kontrolle der Finanzmärkte gibt es bisher erst vereinzelt Ansätze, obwohl mehrere Börsenkrachs als Folge ungehinderter Spekulation internationaler Kapitalkreise die Notwendigkeit offensichtlich gemacht haben. Führend in der Diskussion ist die Nichtregierungsorganisation attac.

Wegen dieser Entwicklungen im Welthandel benötigen die Länder des Nordens den Süden mit seinen Rohstoffen eigentlich gar nicht mehr. Dies gilt in gewisser Hinsicht sogar für den Erdölsektor, da hier mit technischen Fortschritten Offshore-Produktion (in internationalen Gewässern) möglich geworden ist. Dies bedeutet aber nicht, dass dort, wo es möglich ist, nicht doch weiterhin in großem Stil geplündert wird. So erinnern die sich in den Kämpfen in Zentralafrika manifestierenden Interessen an die schlimmsten Formen kolonialer Eroberung und Ausbeutung, an der lokale und internationale Akteure beteiligt sind.

Auch traditioneller Politik und Ökonomie blieb nicht verborgen, dass die Handelsstrukturen den Gegensatz zwischen Arm und Reich verstärken. Abhilfe sollte hier die Entwicklungshilfe bringen. Seit Ende der 1980er Jahre (parallel zu den Verhandlungen innerhalb der WTO) wurde vermehrt die Forderung nach besserer Integration armer Länder in den Welthandel erhoben – als entwicklungspolitische Variante der sich gleichzeitig durchsetzenden Forderung nach völliger Liberalisierung der internationalen Handelsbeziehungen. Der Gegensatz zwischen den beiden Ansätzen (reine Entwicklungshilfe vs. Integration in den Weltmarkt) besteht bis heute, wenn Nichtregierungsorganisationen und UNO-Organisationen unablässig nach Ausweitung der Entwicklungshilfe rufen, während diese vom Umfang her kontinuierlich zurückgeht. Selbst Ziele, die von allen führenden Politikern und Organisationen zumindest verbal als unabdingbar und wichtig bezeichnet werden (z.B. die Umsetzung der Millenniumsziele der UNO oder die Bekämpfung von AIDS) finden in der Praxis kaum Geldgeber.

Die Rahmenbedingungen für Multinationale Konzerne verbesserten sich mit durchsetzender Liberalisierung stetig. Gleichzeitig unterliegen sie aber auch einem ständigen Wandel. So wurden Forderungen nach besser kontrollierten Produktionsbedingungen unüberhörbar. Dies war einerseits Folge der Kritik von Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen an inhumanen Arbeitsbedingungen, die sich an unzureichenden Löhnen, Kinderarbeit, billiger Frauenarbeit usw. entzündeten. Andererseits mussten die Konzerne auf System bedrohende Entwicklungen reagieren wie die häufiger werdenden Lebensmittelskandale. Diese machten eine unkontrollierte, nur auf den Profit gerichtete Produktionsweise auch für eine politisch uninteressierte Öffentlichkeit deutlich, die hierauf mit veränderten Konsumgewohnheiten reagierte. Inzwischen versuchen sich daher auch Billig-Discounter an Bio-Produkten und immer mehr Multis verpflichten sich zur Einhaltung bestimmter Standards bei der Produktion.

Vor diesem Hintergrund ist das Interesse dieser Wirtschaftskreise an der Vergabe von „Siegeln“ zu erklären, mit denen die von ihnen hergestellten Produkte als gerecht, sauber, nachhaltig usw. gegenüber von Konkurrenzprodukten hervorgehoben werden können.

Fairer Handel im Wandel der Zeit

Der Faire Handel war von Anfang an eine Reaktion auf die weltweit ungleichen Produktionsverhältnisse. Daher spiegeln sich Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Fair-Handels-Bewegung wider. Denn auch diese muss unter den Bedingungen der Weltwirtschaft agieren. Dabei gilt es, zwischen fairem Handel und alternativem Handel zu unterscheiden: Der alternative Handel will über die Ziele des Fairen Handels hinausgehend auch die Rahmenbedingungen beeinflussen.

Ab den 1960er Jahren propagierten linke und kirchliche Gruppen den Fairen Handel. Sie wandten sich damit gegen unfaire Handelsstrukturen und Armut und/oder sie wollten Regierungen unterstützen, die eine Alternative zum kapitalistischen Weltsystem zu schaffen suchten. Hierzu gehörten besonders Länder, die einen so genannten Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus schaffen wollten. Wichtig scheint bei der Herausbildung einer Fair-Handelsbewegung in einzelnen Ländern die Kombination linker und kirchlicher Bewegungen zu sein. So ist Fairer Handel in den USA oder Japan, wo linke Bewegungen nur über geringen Einfluss verfügen, vergleichsweise schwach entwickelt.

Fairer Handel bedeutet sowohl Handel als auch Entwicklung. Der „normale“ Handel interessiert sich nur für den eigentlichen Verkaufsprozess, d.h. für Qualität, Quantität, Preis, Liefervermögen und Absatz. Diese Einschränkung grenzt zahlreiche KleinproduzentInnen und Bauern aus, die nicht über Vermarktungsmöglichkeiten, notwendige Kenntnisse und Finanzen verfügen. Der Faire Handel fügt den Ansprüchen des „normalen“ Handels das Streben nach einer Entwicklung der ProduzentInnen durch Handel hinzu. Seine Kriterien sind:

- Auf Seiten der ProduzentInnen die Zusammenarbeit in demokratischen Organisationen, die Zulassung von Gewerkschaftsaktivitäten, angemessene Löhne, Wohnraum und Gesundheitsstandards, keine Kinder- oder Zwangsarbeit und nachhaltige und schonende Umweltnutzung.
- Auf Seiten des Handels Deckung der Produktionskosten, ein sozialer Aufschlag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Vorauszahlung (um eine Verschuldung der ProduzentInnen in der Zeit, während der die Ware verkauft wird, zu verhindern) und Verträge, die den ProduzentInnen eine langfristige Planung ermöglichen.

Im Rahmen des Fairen Handels entstanden zahlreiche Bewegungen in unterschiedlichen Bereichen, in unterschiedlicher Form und mit in Teilen unterschiedlichen Zielen, die im Wechselspiel mit den sich ständig verändernden globalen Handelsbedingungen agieren und reagieren. Beispiele hierfür sind Transfair und Oxfam.

Transfair hat seinen Ursprung in der Fair-Handels-Bewegung der Niederlande. Sie kombinierte schon früh Öffentlichkeitsarbeit und Verkauf. 1967 entstand Fairer Handel Organisatie, die sich 1988 mit Max Havelaar Kaffee ein Siegel schuf. Damit sollte dem negativen Image des Fairen Handels begegnet werden, das oft mit schlechter Produktion und Kauf aus Solidarität in Verbindung gebracht wurde. Der Max Havelaar Kaffee wollte sich von diesem „unprofessionellen Erscheinungsbild“ entfernen. Die Initiative strahlte nach Europa aus und es erfolgte der Einstieg fair gehandelter Produkte in den klassischen Lebensmitteleinzelhandel mit Hilfe des Transfair-Siegels.

Auch Oxfam passte sein Handeln veränderten Bedingungen an. Die britische Organisation geriet in den 1980er Jahren in eine Krise, als der bis damals für den Bereich wichtige Kunsthandwerksmarkt zusammenbrach und der Handel mit Lebensmitteln an Bedeutung gewann. Ende der 1990er Jahre richtete sich interne Kritik

dagegen, dass Oxfam mit dem Fairen Handel ungeachtet aller unbestrittenen Erfolge den Verkauf von Produkten aus den armen Ländern subventionierte und nicht ausreichend kosteneffektiv arbeitete. Das Ziel: Integration von ProduzentInnen in den Markt wurde nicht erreicht, obwohl deren Lebensbedingungen verbessert wurden. Als Reaktion hierauf will Oxfam nun die ProduzentInnen stärker dazu ermutigen, sich selber neue Märkte zu erschließen. Damit veränderte sich das grundlegende Ziel von Oxfam bei unveränderter Beibehaltung der Prinzipien des Fairen Handels: Nicht mehr Handel für die ProduzentInnen und die Verbesserung von deren Lebensbedingungen war das Ziel, sondern deren Emanzipation.

Die Veränderungen im Fairen Handel wurden durch mehrere Faktoren herbeigeführt:

- Veränderte Verbraucherwünsche. So brach in den 1990er Jahren der Kunsthandwerksmarkt ein und die Nachfrage nach Lebensmitteln stieg. Gleichzeitig wurde mehr Qualität gefordert. Fair Trade Produkte wurden nicht mehr einfach nur deshalb gekauft, weil sie gerechter waren, sondern nun mussten auch Preis und Qualität stimmen. Zunehmende Bedeutung gewannen Umweltstandards und die Einhaltung von Menschenrechten.
- Wachsender Wettbewerb durch andere ProduzentInnen, die in diesen Bereich drängen, und veränderte Rahmenbedingungen im weltweiten Handel, damit Fragen der Finanzierung und Kapazitätsbildung, um das Überleben zu gewährleisten.
- Eine neue Generation von AktivistInnen, die über grundlegende Kenntnisse im Geschäftsleben verfügen und weniger Berührungsängste gegenüber dem „normalen“ Handel haben
- Eine zunehmende Spezialisierung im Fairen Handel, was sich sowohl auf Arbeitsablauf als auch auf die Produkte bezieht. Früher hat man einfach gerösteten Kaffee verkauft, heute gehören Sachen wie Nudeln oder Schokolade, die sich aus mehreren Grundstoffen zusammensetzen, zum Grundsortiment.
- Die ProduzentInnen wollen vermehrt nicht nur mit einem Abnehmer im Fairen Handel zusammen arbeiten. Sie wollen einen größeren Marktzugang erhalten. So gibt es zunehmend Kooperativen, die sowohl über den Fairen Handel als auch über traditionelle Strukturen verkaufen.

Diese Veränderungen schlugen sich in mehreren Punkten nieder:

- Der Faire Handel bietet zunehmend qualitativ hochwertige Produkte an, möglichst im Premiumbereich. Dabei besitzt angesichts der immer offensichtlicheren Bedrohung der Umwelt eine biologische Produktion wachsende Bedeutung.
- Produkte des Fairen Handels finden sich zunehmend in konventionellen Läden.
- Der Faire Handel arbeitet an der Schaffung eines neuen Image, das nicht mit „alternativen“ Produkten schlechter Qualität in Verbindung gebracht wird.
- Die Zusammenarbeit mit den ProduzentInnenorganisationen erfolgt auf einer gleichberechtigteren Ebene.
- Es besteht ein Zwang zur Vereinheitlichung.

Wiedererkennung und Entscheidungserleichterung für KundInnen sollen auch im Fairen Handel durch Siegel gewährleistet werden. Hierfür ist die Bildungsarbeit der 1992 gegründeten Transfair-Organisation wichtig. International arbeiten nationale Siegel-Organisationen bei Fairtrade Labeling Organisation (FLO) zusammen.

Parallel hierzu verlief die Siegelbewegung im Ökobereich: Während es zunächst wie im Fairen Handel vor allem „Überzeugungstäter“ gab, vergibt die Bundes-

regierung seit 2001 das Bio-Siegel. Hiermit reagierte sie auf die wachsende Verunsicherung der VerbraucherInnen angesichts der Lebensmittelskandale.

Transfair und Bio-Siegel kommen im Weltladen Osterstrasse zusammen. Denn viele Produkte des Fairen Handels wurden eigentlich immer schon nachhaltig produziert (was seinen Grund allerdings oft an den fehlenden Mitteln der ProduzentInnen für die Ausgaben von Pestiziden usw. hat). Hinzu kommt das wachsende Verbraucherinteresse an ökologischen Produkten, was sich auch in der Nachfrage in Weltläden niederschlägt.